



Erläuterungen zur Änderung der Verordnung zum Energiegesetz vom 29. August 2017 (Energieverordnung EnV, SG 772.110), Anhang 11

1. Ausgangslage

Der Anhang 11 der Verordnung zum Energiegesetz vom 29. August 2017 (EnV; SG 772.110) muss punktuell angepasst werden, um der kantonalen Klimastrategie und einer neuen Vorgabe des Bundes zu entsprechen.

1.1 Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen im Rahmen der kantonalen Klimastrategie

Um bis im Jahr 2037 das mit der Klimastrategie angestrebte Netto-Null-Ziel zu erreichen, müssen auf dem gesamten Kantonsgebiet die Treibhausgasemissionen konsequent verringert werden. Neben den Bereichen Mobilität, Gebäude, Bauwirtschaft, Energie- und Abfallversorgung soll auch die Wirtschaft ihren Teil zur Zielerreichung beitragen.

Grössere Unternehmen, die wegen ihres hohen Energieverbrauchs zu den Grossverbrauchern zählen, sind nach §17 Energiegesetz vom 16. November 2016 (EnG; SG 772.100) verpflichtet, eine Zielvereinbarung abzuschliessen respektive eine Energieverbrauchsanalyse durchzuführen. Der Abschluss einer Zielvereinbarung verpflichtet die Grossverbraucher zu Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und ermöglicht ihnen gleichzeitig, sich die CO₂-Abgabe zu-rückerstatten zu lassen. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind nicht zu Zielvereinbarungen oder Energieverbrauchsanalysen verpflichtet. Dennoch wären diese Instrumente auch für sie eine gute Grundlage, um Massnahmen zur Energieeffizienzsteigerung und Reduktion von Treibhausgasemissionen gezielt anzugehen. Um KMU auf diesem Weg zu unterstützen, sollen sie für freiwillig abgeschlossene Zielvereinbarungen und Betriebsanalysen zur Energieeffizienzsteigerung und Dekarbonisierung sowie für die darauf aufbauenden Monitoring- und Umsetzungsberichte einen finanziellen Beitrag aus dem Förderabgabefonds erhalten.

Dazu müssen im Anhang 11 der EnV die Ziffer 12 angepasst und die Ziffer 15 neu ergänzt werden.

1.2 Neue Vorgaben des Bundes

Der Bund hatte bisher ausgewählte Organisationen zur Erstellung von Zielvereinbarungen akkreditiert. Neu ist der Bund der direkte Vertragspartner der Unternehmen. Das Bundesamt für Energie hat die entsprechende Richtlinie angepasst. Im Anhang 11 der EnV muss deshalb die Ziffer 12 aktualisiert werden.

2. Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen

Anhang 11 Pauschalbeitragssätze

12. Freiwillig abgeschlossene Zielvereinbarungen

| Aktuelle Fassung | Neue Fassung |
|--|--|
| <p>Förderbeitragsbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Förderberechtigt sind Unternehmen, für die keine gesetzliche Verpflichtung gemäss § 7 der Verordnung zum Energiegesetz besteht .. – Abschluss einer Zielvereinbarung zur Steigerung der Energieeffizienz über 10 Jahre mit einer vom Bund akkreditierten Organisation – Bei einer frühzeitigen Kündigung der Zielvereinbarung müssen erhaltene Beiträge rückerstattet werden <p>Bezugsgrösse: Betriebsstätte</p> <p>Beitragssatz: 40% der jährlichen Mitgliederbeiträge, maximal Fr. 2'000/a</p> <p>Beilagen Rechnungskopie der Beitragszahlung</p> | <p>Förderbeitragsbedingungen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Förderbeitragsberechtigt <u>sind im Kanton Basel-Stadt steuerpflichtige Unternehmen</u>, für die keine gesetzliche Verpflichtung gemäss § 7 der Verordnung zum Energiegesetz besteht – Abschluss einer «<u>Zielvereinbarung des Bundes als freiwillige Massnahme (ZV-FRM)</u>» zur Steigerung der Energieeffizienz über 10 Jahre mit einer vom Bund akkreditierten Organisation – Bei einer frühzeitigen Kündigung der Zielvereinbarung müssen erhaltene Beiträge rückerstattet werden. <p>Bezugsgrösse: Betriebsstätte</p> <p>Beitragssatz: 40 % der jährlichen <u>anfallenden externen Kosten</u> Mitgliederbeiträge, maximal Fr. 2'000/a</p> <p>Beilagen <u>Beleg der externen Kosten für die Zielvereinbarung und die Monitoring-Berichte</u> Rechnungskopie der Beitragszahlung</p> |

Erläuterungen

Freiwillige Zielvereinbarungen waren schon bisher möglich: Unternehmen wurden Mitglied bei einer vom Bund akkreditierten Organisation, mit der sie Zielvereinbarungen abgeschlossen haben. Neu ist der Bund der direkte Vertragspartner der Unternehmen. Diese Neuerung stützt sich auf die Richtlinie des Bundesamts für Energie vom 15. Mai 2025 zu «Zielvereinbarungen mit dem Bund zur Steigerung der Energieeffizienz und Verminderung der CO₂-Emissionen»; dort sind die Rahmenbedingungen zur «Zielvereinbarung des Bundes als freiwillige Massnahme (ZV-FRM)» festgehalten.

Mit den Förderbeiträgen soll ein Beitrag an die externen Kosten für das Erstellen einer Zielvereinbarung und der späteren Monitoring-Berichte geleistet werden. Die Höhe der Förderbeiträge bleibt unverändert. Daher sind von dieser Teilrevision keine direkten Auswirkungen auf den Förderabgabefonds zu erwarten.

15. Beiträge an Betriebsanalysen zur Dekarbonisierung oder Energieeffizienzsteigerung (neu)

| | Neue Fassung |
|--|---|
| | <p><u>Förderbeitragsbedingungen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> – <u>Förderbeitragsberechtigt sind im Kanton Basel-Stadt steuerpflichtige Unternehmen mit gewerblichen oder industriellen Tätigkeiten bzw. einem jährlichen Energieverbrauch von mindestens 100'000 kWh.</u> – <u>Förderbeitragsberechtigt sind Unternehmen, für die keine gesetzliche Verpflichtung gemäss § 7 der Verordnung zum Energiegesetz besteht.</u> – <u>Die Betriebsanalyse zur Dekarbonisierung oder Energieeffizienzsteigerung und der darauf aufbauende Umsetzungsbericht sind durch eine akkreditierte Energieberaterin oder einen akkreditierten Energieberater zu erstellen.</u> <p><u>Bezugsgrösse</u> <u>Betriebsstätte</u></p> <p><u>Beitragssatz</u> <u>40 % der Kosten (nach Abzug allfälliger weiterer Förderbeiträge) für die Erstellung einer Betriebsanalyse bzw. des darauf aufbauenden Umsetzungsberichts, max. Fr. 4'000 pro Analysebericht; max. Fr. 2'000 pro Umsetzungsbericht</u></p> <p><u>Beilagen</u> <u>Beleg der externen Kosten für die Betriebsanalyse bzw. den Umsetzungsbericht</u></p> |

Erläuterungen

Freiwillige Zielvereinbarungen (siehe oben Ziffer 12) haben eine feste Laufzeit von 10 Jahren und sind deshalb für kleine Betriebe mit einfachen Prozessen und überschaubarem Einspar- bzw. Effizienzsteigerungspotenzial oft nicht geeignet. Eine «Betriebsanalyse zur Dekarbonisierung oder Energieeffizienzsteigerung» ist hier eine pragmatische Alternative. Sie wird einmal erstellt und die konkret umzusetzenden Massnahmen sowie die zugehörigen Umsetzungsberichte haben keine vorgegebene Laufzeit.

Die Unternehmen können beim Bund akkreditierte Berater oder Beraterinnen beauftragen, zunächst eine für ihr Unternehmen massgeschneiderte «Betriebsanalyse zur Dekarbonisierung oder Energieeffizienzsteigerung» zu erstellen und später darauf aufbauende Umsetzungsberichte, mit denen die Umsetzung der getroffenen Massnahmen dokumentiert wird. Mit den Förderbeiträgen soll der externe Aufwand der Unternehmen für das Erstellen der Betriebsanalyse und der Umsetzungsberichte unterstützt werden.

Der neue Fördergegenstand «Betriebsanalysen zur Dekarbonisierung oder Energieeffizienzsteigerung» bringt zusätzliche Entnahmen aus dem Förderabgabefonds mit sich. Allerdings handelt es sich um verhältnismässig kleine Beiträge für eine überschaubare Zielgruppe, sodass von geringen Auswirkungen auf den Förderabgabefonds ausgegangen werden darf.